

08.12.2020

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.4)

Frau Senatorin Dr. Leonhard trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2020/2572, betreffend

Haushaltsplan 2019/2020 Einzelplan 5.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Produktgruppe 257.01 Gesundheit Einwilligung nach § 39 Landeshaushaltsordnung (LHO) für das Haushaltsjahr 2020 sowie Nachbewilligung nach § 35 LHO hier: Mietvertrag mit der Messe Hamburg, Vertrag über Sicherheitsdienstleistungen sowie Betreibervertrag für ein Impfzentrum,

vor und gibt eine Änderung im Vorblatt der Senatsdrucksache sowie die folgende Änderung im Senatsteil der Drucksache zur Niederschrift:

Im Abschnitt B. Außerplanmäßige Verpflichtungen wird der vierte Absatz durch folgenden Text ersetzt:

„Darüber hinaus ist ein kompetenter Betreiber mit entsprechenden Ressourcen mit dem Betrieb des Impfzentrums zu beauftragen. Im Rahmen des Abschlusses eines entsprechenden Vertrages würden voraussichtlich einschließlich eines Aufschlages von 2 % als Risikokomponente auf die anteiligen Bau- und Betriebsleistungen finanzielle Verpflichtungen für 2021 in Höhe von rund 31,6 Millionen Euro eingegangen werden.“

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

08.12.2020

Seite 2 (IV.4)

1. Der Verursachung von außerplanmäßigen Verpflichtungen in Höhe von 36,4 Millionen Euro zwecks Einrichtung eines Impfzentrums wird gemäß § 39 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung zugestimmt.
2. Die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird beschlossen.
3. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

TOP IV. 4
Bewerbung

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Leonhard
Staatsrätin Lotzkat

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2020/02572
vom: 07.12.2020
für den Senat
am: 08.12.2020
IV

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 5.0 Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktgruppe 257.01 Gesundheit

**Einwilligung nach § 39 Landeshaushaltsordnung (LHO) für das Haushaltsjahr 2020
sowie Nachbewilligung nach § 35 LHO**

**hier: Mietvertrag mit der Messe Hamburg, Vertrag über Sicherheitsdienstleistungen
sowie Betreibervertrag für ein Impfzentrum**

A. Zielsetzung

Im Haushaltsjahr 2020 sollen Verpflichtungen zwecks Einrichtung eines Impfzentrums im Rahmen der Corona-Pandemie eingegangen werden, die zu Kosten in künftigen Haushaltsjahren führen können.

B. Lösung

- Einwilligung des Senats zur Verursachung außerplanmäßiger Verpflichtungen nach § 39 Abs. 2 LHO
- Vorlage an die Bürgerschaft zur Genehmigung der Einwilligung des Senats zu Verursachung außerplanmäßiger Verpflichtungen gemäß § 39 Abs. 4 LHO für das Haushaltsjahr 2020 sowie zur Nachbewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit der Produktgruppe 257.01 gemäß § 35 Abs. 2 LHO

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die außerplanmäßigen Verpflichtungen können zu Kosten im Haushaltsjahr 2021 im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit der Produktgruppe 259.02 in Höhe von bis zu 36,4 Mio. Euro führen. Eine auf Basis einer ergänzenden Regelung zur Erstattung von Kosten auf Bundesebene würde ggf. zu anteiligen Erlösen führen.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Aufwendungen mindern über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☒ Inklusion

Die Auswahl des Standorts an der Messe Hamburg wurde auch vor dem Hintergrund der dort möglichen Realisierung eines hohen Standards an Barrierefreiheit getroffen.

- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verschiebung der Einrichtung eines Impfzentrums in das Jahr 2021.